

Vorwort zum Grundsatzprogramm

Die abendländische Zivilisation, Jahrhunderte lang führend in der Welt, ist in eine existenzbedrohende Krise geraten.

Diese Krise zeigt sich u. a. in rückläufigen Geburtenzahlen, von denen die europäischen Völker, allen voran unser eigenes, betroffen sind. Kurz gesagt: Die Völker Europas altern und schrumpfen! Für diese dramatisch-negative Entwicklung finden die etablierten Parteien nur eine Antwort: Sie fördern die Masseneinwanderung, sind stolz darauf, ein „Einwanderungsland“ zu sein! Die Politik bekämpft nicht die Ursachen, sondern verschlimmert den gegenwärtigen Zustand und gefährdet die Zukunft. Die Menschen in Deutschland fühlen sich an vielen Orten ihres eigenen Landes zunehmend als Fremde, sie befürchten sogar, in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts zur Minderheit zu schrumpfen und ihre gewachsene gesellschaftliche, kulturelle und historische Identität zu verlieren.

Ein Staat, der sein Überleben von der Zuwanderung aus fremden Kulturen abhängig macht, stellt sich selbst infrage. Mehr noch: Er zerbröseln und legt die Axt an die Wurzeln seiner eigenen Kultur, vor allem, wenn er glaubt, das Allheilmittel in einer „kulturellen Vielfalt“ gefunden zu haben, die dazu führt, dass sich im Lande Inseln mit Minderheiten bilden, die sich auch untereinander fremd sind und auch fremd bleiben wollen (Türken-Araber-Problem).

Für den Bestand eines kulturell-intakten Staates ist unverzichtbar

- dass die Mitglieder in allen Gesellschaftsbereichen, ethisch-einheitliche Normen befolgen,
- dass der Einzelne bereit sein muss, auf individuelle Eigeninteressen zugunsten eines höheren gesellschaftlichen Ganzen zu verzichten und Solidarität zu üben,

- dass der Staat seinerseits die Solidarität seiner Bürger nicht überstrapazieren darf, indem er ihnen immer neue Opfer abverlangt. Der Einzelne, der sich gesetzestreu und anständig verhält, darf nicht den Eindruck gewinnen, er sei am Ende der Dumme und der Verlierer.

Die ethisch-moralische Basis für die Solidargemeinschaft von Familie und Volk ist das Christentum. Das gilt für alle, die in diesem Lande leben; auch wenn sie Atheisten sind oder das Christentum ablehnen, weil sich keiner von der Vergangenheit der Geschichte lossagen kann – im Guten wie im Bösen. Keiner, so formulierte es einmal Hermann Kesten, kann sich von den Aquädukten der Römer lossagen, keiner kann sich lossagen von den Straßen, die unsere Ahnen gebaut haben und keiner kann sich lossagen von dem Apfelbaum, den der Großvater gepflanzt hat. Und wir fügen hinzu: Keiner kann sich von Auschwitz lossagen. Diese Vergangenheit haben auch alle auf sich zu nehmen, die in unserem Lande leben und die Zukunft gestalten wollen. Wir stehen alle im Fluss der Geschichte.

Der Zerfall unserer gesellschaftlichen Basis wird ideologisch betrieben und soll mit folgenden Stichworten angedeutet sein:

- Sich selbst verwirklichen, statt sich der Allgemeinheit verpflichtet zu fühlen.
- Ansprüche stellen, statt Aufgaben für andere zu übernehmen.
- Sich egoistisch verhalten, statt an den Nächsten zu denken.
- Freiheiten zu beanspruchen, statt die Rechte der Mitbürger zu achten.

Die linke Ideologie und ihre meinungsbildenden Wortführer vertreten in ihrer sozialistischen wie in ihrer liberalen Spielart ein Denkmuster, das letztlich die Familie und die Religion, den Rechtsstaat und die Nation aushebeln will: Der Mensch an sich – so die Logik – ist gut; er wird jedoch von üblen Mächten daran gehindert, sein gutes Wesen zu entfalten.

So nehmen die politischen Utopisten alles aufs Korn, was der Gesellschaft Ordnung und Halt gibt: die Familie und die Kirche, den Staat und das Gesetz, die Kapitalisten und die Nonkonformisten, die Tradition und die Geschichte. Die Utopie

von einer Gesellschaft der bindungslosen Freien und der zu nichts verpflichteten Gleichen führt zu einer strukturlosen Gesellschaft.

Es handelt sich um eine Ideologie, die im Kern alle Werte umwertet:

- Sie löst die Familie auf und lehnt die staatliche Autorität ab.
- Sie stellt im Namen einer vorgeblichen Gerechtigkeit das Eigentum infrage.
- Sie rückt den Patriotismus in die Nähe des Rechtsextremismus.
- Sie hält die Tötung ungeborener Kinder für unproblematisch.
- Sie beschimpft Soldaten als „Mörder“.

Sie propagiert also eine „Moral“, die das Gegenteil von Moral ist. Sie will in Wahrheit den Nihilismus. Naturgemäß kann eine Ideologie mit diesem irrealen Menschenbild, weder Freiheit noch Emanzipation hervorbringen, sondern sie wird die existentielle Krise verschärfen, weil die Massenzuwanderung diese Probleme nicht entschärft.

Schon heute ist die Strategie der politischen Utopisten deutlich erkennbar, wie sie die Verantwortung für künftige demographisch-negative Unruhen von sich ableiten wollen: Die Kritiker ihrer Politik sind schuld! Anderen die Schuld für eigenes Versagen in die Schuhe zu schieben – das haben die Schreihälse geübt. Sie keulen jeden, selbst wenn er sich nur leise zu Wort meldet, nieder: Fremdenfeind! Rassist! Faschist! (Das Wort „Nationalsozialist“ schmeckt ihnen nicht, weil sein Hinterteil den „Sozialist“ entblößt). Das Schimpf-Lexikon erinnert an die roten Diktatoren, die – Gott sei Dank – 1989 vom eigenen Volk aus ihren streng bewachten Schutzzonen und Villen-Vororten vertrieben.

„Wir sind das Volk!“ Dieser schlichte und für jeden Demokraten verpflichtende Satz gilt vor jeder Wahl in allen Parteien; nach der Wahl, wenn die Stimmzettel sortiert und die Ordnung wieder „zurechtgerückt“ ist, wird das „Stimmvieh“ an den Stammtisch und an die Glotze abkommandiert, wo es seinen Frust im Selbstgespräch, im Freundes- und Familienkreis abreagieren kann.

Das ist die Lage. Die zunehmende - offizielle wie inoffizielle - Repression gegen Kritiker der Masseneinwanderung hat längst jedes Maß überschritten, das in einer offenen und freien Gesellschaft gelten müsste.

Meinungsfreiheit? Wenn's passt!

Toleranz auch dem deutschen Mitbürger gegenüber? Gilt nicht!

Patriotismus und Liebe zu Deutschland? Vergangenheit!

Ein Staat, der die multikulturelle Gesellschaft gegen den Willen seiner Bürger fordert und verwirklicht, zerstört das wechselseitige Vertrauen, das auf den historisch gewachsenen Normen und Werten einer Konsens-Kultur aufbaut. Er zerstört die Grundlagen von Friedfertigkeit, Ehrlichkeit und Zivilisiertheit. Einstmals, bevor die Politik unseren Staat „multikulturell“ verschleierte, lieferte sie diesen Wertekanon frei Haus.

Heute steht der Bürger Herausforderungen gegenüber, die ihm den Atem nehmen: Kriminalität in vielerlei Form lassen ihm nur die Alternative, wachsende Zonen der Anarchie hinzunehmen oder zu dulden, dass seine eigenen Freiheiten eingeschränkt werden. Repression, Unterdrückung, nennt man das! Allein die Antiterrormaßnahmen der letzten Jahre haben den deutschen Bürger um Rechte gebracht, die er nie mehr wird zurückgewinnen können; gleichzeitig dämmert ihm, dass er diese Rechte nie verloren hätte, wenn der Staat nicht potentiellen Terroristen Obdach und Bleiberecht gewährt hätte.

Ein Staat, in der das christliche Sittengesetz als „fundamentalistisch“ verteufelt und – wie schon mehrfach geschehen – christliche Eltern ins Gefängnis wirft, weil sie die Zwangssexualisierung ihrer Kinder als schulisches Unterrichtsfach ablehnen, kann schwerlich für sich beanspruchen, ein freiheitliches Gemeinwesen zu sein.

Ein Staat, der seine Souveränitätsrechte zunehmend auf supranationale Organisationen, speziell die EU, verlagert und sie damit der demokratischen Willensbildung des Volkes entzieht, hört auf, eine Demokratie zu sein.

Ein Staat, der missliebige Meinungen – selbst wenn zwei Drittel des Volkes sie vertreten – als „populistisch“, „rassistisch“ und „fremdenfeindlich“ verunglimpft

und diese Haltung zum Staatsziel erhebt, gibt den Anspruch, die Staatsgewalt gehe vom Volke aus (Art. 20 Abs. 2 GG), der Lächerlichkeit preis.

Ein Staat, dessen maßgebliche Repräsentanten öffentlich zum Rechtsbruch gegen Andersdenkende auffordern, ist auf dem Weg in die Diktatur des Mobs.

Ein Staat, der ganze Wissenschaftszweige für die Propagierung linker Ideologie und die Verunglimpfung Andersdenkender einspannt, zerstört nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Voraussetzungen für einen zivilisierten öffentlichen Diskurs.

Ein Staat, der im Namen der „Nichtdiskriminierung“ Quotenregelungen einführt und die Vertragsfreiheit suspendiert, untergräbt die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft (und seine eigene); er entmündigt und erniedrigt seine Bürger in einer beschämenden Weise. Das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) wird zum schalen Witz.

Die Vorgaben linker Ideologie entwerten systematisch die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte und beschneiden zielstrebig die Mitwirkungsrechte des Volkes. Der Staat maßt sich dem Volk gegenüber eine Erziehungsfunktion an, die zu den klassischen Kennzeichen totalitärer Regimes gehört. Das Grundgesetz gleicht unter solchen Voraussetzungen zunehmend den Schaufenster-„Verfassungen“ kommunistischer Staaten, die dort eine rein propagandistische Funktion hatten und bar jeder rechtlichen Realität waren.

Wer den Nationalstaat zum Auslaufmodell erklärt – und dies gilt den meinungsbildenden „Eliten“ als unstrittig –, sollte ehrlich zugeben, dass er damit auch die Demokratie zur Disposition stellt.

Aus zwei Gründen:

1. Zum einen durch die Tendenz zur Supranationalisierung. Sie wird verwirklicht in Organisationen wie der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds, vor allem aber der Europäischen Union. Für all diese Organisationen gelten multilaterale Verträge, in denen eine neoliberale Ideologie festgeschrieben ist. Sie entzieht dem Nationalstaat

das Mitentscheidungsrecht und dem Volk die freie Willensbildung. Das zielstrebig immer dichter gewobene Netz solcher Regelungen lähmt die Entscheidungsfähigkeit der Politik, sofern sie demokratisch legitimiert ist, und verlagert sie auf internationale Kungelrunden, für deren Entscheidungen niemand verantwortlich zeichnet.

2. Zum anderen durch die Entmachtung des Volkes, was gleichbedeutend mit der Entmachtung der Demokratie ist. Demokratie verbindet die Idee der kollektiven Selbstbestimmung mit dem Mehrheitsprinzip. Beides ist nur so lange miteinander vereinbar, wie die im Einzelfall politisch unterlegene Minderheit demselben Volk (griechisch: *demos*) angehört wie die Mehrheit. Eine bloße „Bevölkerung“ besteht aus ethnisch unterschiedlichen Gruppen, die ihre eigenen Interessen zu verwirklichen suchen. Die Mitglieder fühlen sich nicht notwendigerweise dem Gemeinwesen gegenüber loyal verpflichtet. So können Mehrheitsprinzip und kollektive Selbstbestimmung nicht zur Deckung kommen, weil das Mehrheitsprinzip naturgemäß das Selbstbestimmungsrecht jeder einzelnen Gruppe verletzt. Demokratie und Nationalstaat sind nicht zufällig historisch gleichzeitig entstanden: Sie bedingen einander, und wer das eine zerstört, zerstört auch das andere.

Dies bedeutet nicht, dass unser Volk sich hermetisch gegen jeden Neuzugang abriegeln sollte. Es bedeutet aber, dass jedem, der sich unserem Volk anschließt, Loyalität gegenüber diesem Volk und Anpassung an die einheimischen kulturellen Normen und Werte abverlangt werden muss. Die etablierte Politik tut das Gegenteil: Sie lässt Einwanderung in einem Umfang zu, der die Bildung ethnisch homogener Parallelgesellschaften unvermeidlich macht, und sie verzichtet bewusst darauf, die Anpassung an die deutsche Leitkultur zu fordern – angeblich im Namen der „Integration“, die in Wahrheit aber die Des-Integration bewirkt.

Eine Politik der künstlichen Gleichmacherei,

- die Frauen einredet, sie seien „unterdrückt“, wenn sie nicht Karriere machen,
- die starke und schwache Schüler in dieselben Schulen pfercht und dadurch weder die einen noch die anderen fördert,

- die Ausländern im Inland dieselben Rechte gibt wie Inländern, die loyale Staatsbürger sind,
- die zugunsten einer künstlich, nämlich durch forcierte Einwanderung aufgeblähten Unterschicht, Umverteilung zulasten der Leistungsträger der Gesellschaft betreibt,
- die Homosexualität als sozial und moralisch gleichwertig akzeptiert, und diese Lebensform (die selbstverständlich zu tolerieren ist) nicht als Ausnahme von der Regel versteht, betreibt Gleichmacherei. Differenzierung fördert die Zivilisation; Gleichmacherei lässt sie verfallen.

Eine linke Ideologie, die es für „Unrecht“ hält, die Interessen des eigenen Volkes denen anderer Völker vorzuziehen, kämpft gegen das eigene Volk. Sie verletzt seinen Stolz, seine Selbstachtung, seinen Lebenswillen. Dies geschieht nicht nur in Deutschland, hat bei uns aber Formen angenommen, die als „pathologisch“ zu bewerten sind. Was einst eine ehrenwerte selbstkritische Haltung gewesen sein mag, ist längst zu einem Schuld kult ausgeartet, der aus der NS-Vergangenheit ein autorassistisches Unwerturteil über das eigene Volk ableitet. Der ideologisch propagierte Selbsthass, mit dem die Meinungsmacher in Politik, Medien, Schulen und Universitäten unser Volk vergiften, bedeutet für das deutsche Volk Siechtum, ist Völkermord mit anderen Mitteln.

Der Multikulturalismus zieht das eigene Volk durch den Dreck und verunglimpft unsere Kultur. Er kämpft fanatisch gegen das Christentum und überlässt unser Land der schleichenden Islamisierung.

Dieses Schicksal ist nicht unabwendbar: Unser Volk ist nicht zufällig auf einen Irrweg geraten, sondern durch politische Entscheidungen dahin getrieben worden. Dementsprechend bedarf es politischer Entscheidungen, das Ruder herumzuwerfen und das Schicksal zu wenden.

Diese Wende zu vollbringen ist unser Ziel. Unser Ansprechpartner ist der Mensch von heute. Unsere Sorge gilt dem Menschen von morgen.